

Deutschland.

Berlin, 15. April. Man darf wohl nicht befürchten, des Optimismus beschuldigt zu werden, wenn man annimmt, daß das Resultat der heutigen Reichstags-Sitzung Deutschland seiner nationalen Existenz wieder ein wesentliches Stück näher gebracht hat. Die erhebliche Majorität, welche sich durch Ablehnung der Diätenbewilligung für die Vereinbarung mit den Regierungen über die wesentlichsten Differenzpunkte ausgesprochen hat, beseitigt jeden Zweifel über den Ausfall der noch bevorstehenden Entscheidungen und giebt die erfreuliche Gewißheit eines vollständigen Gelingens. Wie auch die Fanatiker des parlamentarischen Idealismus ihre Stimme gegen die angeblich treulosen Parteigenossen erheben mögen, die für das deutsche Vaterland wohlthätigen Folgen der einsichtsvollen Entscheidung des Reichstages werden denjenigen Männern, welche heute Charakterstärke und praktischen Scharfsinn in ihrem Votum für das zunächst Erreichbare bewährten, auch die volle Anerkennung aller besonnenen Patrioten und der Geschichte sichern. Man erwartet, daß morgen Vormittag die Schlussberatung ihr Ende erreichen und vielleicht nach einer Abend-Sitzung zur Erledigung geschäftlicher Vorlagen, am Mittwoch der feierliche Schluss durch Sr. Majestät den König im weißen Saal des Schlosses erfolgen wird. Die höchste Anerkennung für die patriotische und würdige Vertretung der Interessen des Vaterlandes dürfte gewiss in der Thronrede nicht fehlen, nachdem noch der Schluss den berechtigten Erwartungen so vollkommen entsprochen hat. Ueber die in Aussicht stehenden Reisen des Königs für den Sommer ergeben sich die Blätter auslöser Weise schon jetzt in allerlei Vermuthungen. — Daß der König die Absicht im Allgemeinen gehabt habe oder habe, die Pariser Ausstellung zu besuchen, ist allerdings begründet; bei einiger Ueberlegung wird sich Jedermann selbst sagen können, daß die Ausführung dieser Absicht vor allen Dingen von der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse abhängig ist und vorläufig keine bestimmte Disposition darüber getroffen sein kann. Dasselbe kann man auch nur von den besprochenen Badereisen des Königs sagen, und ist dabei nur noch zu bemerken, daß der König überhaupt während einer Landtags-Sitzung, die ja wieder bevorsteht, Berlin nicht leicht auf längere Dauer oder weitere Entfernung verläßt. — In Bezug auf die Luxemburger Frage glaube ich allen Gerüchten gegenüber einfach hervorheben zu können, daß bisher keinerlei Kombinationen wegen Aufgabe des Veto-Rechts oder Räumung der Festung preussischer Seite in Erwägung gezogen, noch weniger Gegenstand von Verhandlungen gewesen ist. Die diplomatische Behandlung der Frage hat sich auf eine Darlegung des vom preussischen Kabinet eingenommenen Standpunktes den preussischen Votscapstern gegenüber beschränkt und auf die Anregung der Grossmächte zur Kundgebung ihrer Auffassung über die Verträge von 1839.

— Nachdem die preussische Regierung die Abhaltung der 16. allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung in Hildesheim genehmigt und eine weitere Förderung derselben in Aussicht gestellt hat, ladet der dortige Ortsausschuss nunmehr zu der in der Pfingstwoche, vom 11. bis 13. Juni d. J. dort tagenden 16. allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung ein.

— Der „N. Pr. Z.“ wird folgendes Telegramm mitgetheilt: Luxemburg, 14. April. Adressen an den König-Großherzog, welche die Erhaltung der Selbstständigkeit des Großherzogthums unter dem Haupte Dorianen verlangen, sind in Umlauf und werden von Tausenden von Unterschriften bedeckt. Die Angehörigen der Dorfgemeinden beten Abends nach der Arbeit in den Kirchen für ihren Landesherren und ihr Vaterland.

— Nach der „Rel. Z.“ ist den Mitgliedern der Mennonitengemeinde in Friedrichstadt — und so wahrscheinlich auch der übrigen — eröffnet worden, daß ihre Befreiung von der allgemeinen Wehrpflicht nicht ferner stattfinden könne; entweder müßten sie wie alle anderen Staatsbürger dieser Pflicht genügen, oder für die fernere Befreiung 3 Prozent des Einkommens steuern und dann ferner kein Grundeigenthum erwerben und keine Gemeindeglieder werden. Zur Entscheidung über diese gestellte Wahl sollen ihnen 3 Wochen Bedenkzeit gegeben werden.

— Auf der letzten vorgestern in Apennin nachträglich gehaltenen Kontrollversammlung haben sämtliche rückständig gebliebene Landwehrmänner des dortigen Bezirks den Eid geleistet.

— Der 6. internationale statistische Kongress, welcher im vorigen Jahre ausfiel, soll in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober in Florenz tagen. Hauptgegenstand der Berathung werden sein, nächst den Fragen über Organisation der Statistik bez. des Kongresses: Die „Abtheilungs-Ordnung“ mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse der Versicherungs-Gesellschaft; das System meteorologischer Beobachtungen: Hydrographie, Agrarstatistik und Grundbesitz; Kommunalstatistik des Münz- und Geldwesens; Polizeistatistik; Militär-, bez. Militär-sanitäts-Statistik, Statistik der wissenschaftlichen Bildungsmittel und der Kunstschulen.

Berlin, 15. April. (Norddeutscher Reichstag.) 33. Sitzung. (Schluß.) Abg. Dr. Waldeck bringt keine bei der Vorberatung geltend gemachten Einwendungen gegen das Ganze des Bundesverfassungsentwurfs und namentlich gegen die Bestimmungen über die Kompetenz des Bundes zu treten habe, nicht so die Hände binden, wie es durch den Entwurf geschehe. Der Hauptgrund liege in dem Fehlen der Ministerverantwortlichkeit. Er hätte wohl gewünscht, daß man dem obenerwähnten Vorschlag gefolgt wäre und demnach den in jeder Hinsicht unvollkommenen Entwurf umgearbeitet hätte. Der Bundesrath sei, wie er in dem Entwurfe hingestellt sei, unannehmbar. Preußen sei darin nicht par inter pares. In den Bestimmungen über den Bundesrath sei schließlich auch der ganze alte Bund mit allen seinen Untugenden reproduziert. Er höre von Kompromissen, wenn gegenüber mache man Kompromisse? Das Werk könne und werde auf die Dauer nicht bestehen, sei aber auch nicht notwendig jetzt. Er wolle den Bundesstaat, aber so daß Preußen mit einem verantwortlichen Ministerium an der Spitze stehe. Deshalb könne er mit seinen Freunden nicht dem Entwurfe

bestimmen. Das Scheitern des Bundes wüßte er nicht, dieses würde aber auch nicht die Folge der Verwerfung des Entwurfs sein; immerhin sei es besser, daß keine Verfassung vorliege, als eine unvollständige, und es sei vorzuziehen, daß dem künftigen Reichstage ein neuer Entwurf vorgelegt werde. — Bundeskommissar v. Rösting (Oldenburg, schwer verständlich): Die Großherzogliche Regierung sei in verschiedenen Punkten anderer Meinung gewesen, als die andern Regierungen. Jetzt habe sie sich aber angeschlossen und halte fest an der Vorlage, weil sie das Zustandekommen für notwendig halte. Er wolle den Herren, die gegen den Entwurf seien, weil sie verschiedene Wünsche darin vermissen, anheimgeben, ebenso ihre subjektive Ansicht dem Ganzen, der dringenden Anforderung der Zeit unterzuordnen. (Bravo.) — Die Generaldebatte wird geschlossen. Gegen das v. Carlswig'sche Amendement wird Widerspruch erhoben und dasselbe damit beseitigt. Mit sehr großer Majorität werden darauf, da sich Niemand zum Worte meldet, angenommen: die Ueberschrift, der Eingang, Art. 1, 2, 3 des Entwurfs. Das Krüger'sche Amendement zu Art. 1 wird nicht unterstützt. Dasselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, zu den Beschlüssen des Reichstages Art. 1 den Satz beizufügen: So weit durch bestehende Verträge eine Veränderung der Grenzen bedingt ist, verpflichten sich die verbündeten Regierungen das hierzu Erforderliche ohne Verzug zu bewerkstelligen.“

Zu Art. 4 wurden das Amendement Krug und das des Abgeordneten Wachenhufen genügend unterstützt. Das erste lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: dem Artikel 4 des Verfassungsentwurfs als Nr. 14 hinzuzufügen: 14) Die Feststellung der Rechte und Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religionsübung seinen Angehörigen vorenthalten darf.“ Das Amendement Wachenhufen geht dahin: als Nr. 16 hinzuzufügen, die Pressefreiheit und Versammlungsrechte und die übrigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte“ u. s. w. — Es erhält der Abgeordnete Krug das Wort und motiviert seinen Antrag. Durch denselben werde dahin geeilt, daß dem Bunde Einfluß gegeben würde auf die medienburgischen Zustände. Er hoffe, durch die Annahme werde Medlenburg moralisch sich selbst ohne Einschreiten des Bundes bewegen lassen, Verbesserungen einzutreten zu lassen. — Abgeordn. Dautenberg beantragt namentliche Abstimmung über das Krug'sche Amendement, dieser Antrag wird aber nicht genügend unterstützt. Das Krug'sche Amendement wird ebenso wie das Wachenhufen'sche abgelehnt, der Art. 4 des Entwurfs mit großer Majorität angenommen, ebenso Art. 5, 6, 7, 8, 9, 10. Damit sind die Anträge Ausfelds und Genossen: „Art. 8 und 9 zu streichen“ erledigt. Der Zusatz-Artikel zu Art. 11 derselben Abgeordneten, wie wir ihn bereits gestern mitgetheilt haben, wird abgelehnt, Art. 11 wie er in der Vorberatung festgestellt wurde angenommen, ebenso Art. 13, 12, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24. Ein Antrag, „hinter Abschnitt V. einen neuen Abschnitt zu setzen“, von Ausfeld und Genossen, wird zurückgezogen. Art. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. — Der Reichstag beschließt: der Artikel 4 des Verfassungsentwurfs als Nr. 14 hinzuzufügen: 14) Die Feststellung der Rechte und Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religionsübung seinen Angehörigen vorenthalten darf.“ Das Amendement Wachenhufen geht dahin: als Nr. 16 hinzuzufügen, die Pressefreiheit und Versammlungsrechte und die übrigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte“ u. s. w. — Es erhält der Abgeordnete Krug das Wort und motiviert seinen Antrag. Durch denselben werde dahin geeilt, daß dem Bunde Einfluß gegeben würde auf die medienburgischen Zustände. Er hoffe, durch die Annahme werde Medlenburg moralisch sich selbst ohne Einschreiten des Bundes bewegen lassen, Verbesserungen einzutreten zu lassen. — Abgeordn. Dautenberg beantragt namentliche Abstimmung über das Krug'sche Amendement, dieser Antrag wird aber nicht genügend unterstützt. Das Krug'sche Amendement wird ebenso wie das Wachenhufen'sche abgelehnt, der Art. 4 des Entwurfs mit großer Majorität angenommen, ebenso Art. 5, 6, 7, 8, 9, 10. Damit sind die Anträge Ausfelds und Genossen: „Art. 8 und 9 zu streichen“ erledigt. Der Zusatz-Artikel zu Art. 11 derselben Abgeordneten, wie wir ihn bereits gestern mitgetheilt haben, wird abgelehnt, Art. 11 wie er in der Vorberatung festgestellt wurde angenommen, ebenso Art. 13, 12, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24. Ein Antrag, „hinter Abschnitt V. einen neuen Abschnitt zu setzen“, von Ausfeld und Genossen, wird zurückgezogen. Art. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Minister-Präsident Graf Bismarck: Der Artikel gehört zu denen, über welche die Uebereinstimmung der Regierungen besondere Schwierigkeiten gemacht hat. Durch die Annahme der gegenwärtigen Fassung glauben die Regierungen eine besondere Konzeption zu machen, sie können sich nun nicht mehr auf Änderungen einlassen. — Abg. Westert: Ich würde den Verfassungs-Entwurf für unannehmbar halten, wenn der Eintritt der Beamten abgelehnt würde, gleichviel ob Diäten oder Stellvertretungskosten bewilligt werden oder nicht. Trotz des nicht zu Stande gekommenen Prämisses werde ich für keine neuen Änderungen stimmen. — Abg. Grunbrecht zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Art. 21 wird angenommen. Desgleichen Art. 22, 23, 24 (unter Abnehmung eines Amendements des Abg. v. Frankenberg-Ludwigsdorf auf Gährige Legation), 25 bis 31. Zu Art. 32 (Diätenfrage) ist der Antrag von dem Abg. v. Arnim-Heinrichsdorf und Gen. gest. lt.: Den Artikel zu streichen und statt dessen zu setzen: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Bezahlung oder Entschädigung beziehen.“ (Der erste Vice-Präsident Herzog v. Ujest hat den Vorschlag übernommen.) — Abg. Schulze: (Das Haus leert sich auf.) Die Diäten-Entziehung bei dem allgemeinen Wahlrecht heißt, daß mit der einen Hand gegeben wird, was mit der andern Hand entzogen wird. Das heißt Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts! (Bravo!) und auffallender Lärm auf der linken, die sich überhaupt sehr unruhig gebet. — Abg. Braun (Wann): Er habe früher für die Diäten gestimmt, nachdem aber die Bundesregierungen die Erklärung abgegeben, daß sie eine Prinzipienfrage für das Zustandekommen des Bundes daraus machen, halte ich sie nicht so wichtig, um darauf zu bestehen. — Abg. Kaser für die Diäten. — Bundeskommissar Minister Graf zu Eulenburg: Je größerer Werth die Regierung darauf legt, daß ihren Wünschen, wie sie heute von dem Präsidenten der Bundeskommissionen ausgesprochen sind, nachgekommen werde, desto mehr Veranlassung liegt vielleicht auch vor, noch klarer, als es in der Vordebatte geschehen sein mag, die von dem Herrn Vorredner vermißten Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Regierung auf diese Bestimmungen einen so besonderen Werth legt. Zunächst wurde die Diätenfrage auf das Tapet gebracht durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das proklamiert wurde, weil man eben etwas Besseres zu geben vor der Hand nicht wußte. Wahlrecht ist ein allgemeines Wahlrecht auf Preußen und das übrige Gebiet des Bundes zu übertragen, ging nicht an, weil sie für unsere Verhältnisse nicht passen. Ebenfalls ging es an, ein Wahlrecht, welches sich bei uns nicht bewährt hatte, dem übrigen Bundesgebiete aufzupressen oder aufzudrücken zu wollen. Daß sich das System bei uns nicht bewährt hat, das liegt hauptsächlich darin, daß wir ein indirektes Wahlrecht gehabt haben, dann darin, daß wir die Klassenabtheilung aus äußeren praktischen Gründen in einer Art haben vornehmen müssen, welche der Idee des Dreiklassenwahlrechts an sich nicht entspricht. Könnte man die ganze Bevölkerung des Staats in drei gleiche Klassen nach der Gesamtvertheilung theilen, und bunte man dann die Klasse der Höchstbezahlten, die der Zweitbezahlten und der Drittbezahlten im Großen und Ganzen wählen lassen, so käme man vielleicht zu einer richtigen Vertretung. Die gegenwärtige Zerstückelung in einzelne Wahlbezirke führt zu den Unzulänglichkeiten, die der Herr Minister-Präsident neulich bezeichnet hat, und rechnen Sie dazu das ungenügende zu falschen Resultaten führende, indirekte Wahlrecht, in welchem aus der Wahlurne meist hervorgeht, was die Wähler nicht einmal wollten, so spricht sich damit die Vertheilung des Systems im Ganzen aus. Nun aber, meine Herren, wiederholen wir ja, daß wir keineswegs das allgemeine Wahlrecht unter allen Umständen als dasjenige wollten, was das Beste ist. Ich glaube, daß die Herren der Fortschrittspartei auch nur mit Widerstreben daran gegangen sind, sich mit dem allgemeinen Wahlrecht einverstanden zu erklären. Die Regierung und die konservative Partei ist sich bewußt gewesen, daß dasselbe nur mit großer Vorsicht angewendet und erprobt werden müsse, und zu den Vorsichtsmaßregeln gehört auch die, daß man den Kreis der Wählenden durch die natürliche Anforderung beschränkt, daß derjenige, welcher als Deputierter aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, wenigstens in einer solchen Vermögenslage sich befinden, daß er einige Wochen oder Monate lang dem öffentlichen Interesse in der Residenz dienen könne, ohne aus der Tasche des Staates bezahlt zu werden. Ich glaube, meine Herren, das allgemeine Wahlrecht funktioniert nur dann richtig, wenn die zahlreichen Hunderte und Tausende von Wählern ihre Stimmen auf diejenigen Leute richten, welche innerhalb ihres Wahlkreises eine gewisse Bedeutung haben, eine Bedeutung, sei es durch große Fabrikanlagen, sei es durch Intelligenz, in jedem Falle

aber durch eine Thätigkeit und eine Situation, welche sie als bekannte, geachtete Leute im Wahlkreise darstellt. Falsch aber und gefährlich wird das allgemeine Stimmrecht, wenn die Wahl zu leiten gesucht wird auf strebsame, fruchtbar strebsame Leute, die diese Bedeutung nicht haben (Heiterkeit links). Bravo! rechts), die aber mit großer Lust ihr vermeintliches Talent geltend zu machen, und in der Aussicht, für die Zeit, die sie hier verwenden, entschädigt, vielleicht auch sogar über Verdienst entschädigt zu werden. (Oh! oh! links; Heiterkeit und Beifall rechts), eine Agitation im Lande hervorrufen, welche die natürliche Strömung der Bevölkerung aus dem Geleise treibt (Sehr richtig! rechts) und deshalb zu Gegen-Agitationen führt, Gegen-Agitationen selbst bis zur Regierung heraufzuführen. Wenn Sie sagen, es werde auf diese Weise hin und wieder die Intelligenz ausgeschloffen, so gebe ich das zu. Ich kann aber dem allgemeinen Uebelstande gegenüber, den ich angedeutet habe und der immer hervorgehen könnte und hervorgehen wird — ich erinnere an das Jahr 1848, wo es keinen Schneider mehr gab, der nicht glaubte, auf dem Wege der Mitgliedschaft der Nationalversammlung und der Diäten könne er zum Minister avanciren (Heiterkeit rechts), ich glaube diesem Uebelstande gegenüber kann der geringere Uebelstand, daß hin und wieder eine Intelligenz ausgeschloffen wird, nicht in die Waagschale geworfen werden. Es ist besser, daß eine Versammlung, die das Volk repräsentiren soll, wirklich den Stempel trage, daß sie aus Repräsentanten des Volks zusammengefaßt ist, und nicht aus Leuten, die, um ihrem persönlichen Ehrgeiz und ihrer persönlichen Begabung Luft zu machen, à tout prix im Wege der Agitation in die Versammlung hineinkommen (Bravo). Das ist zunächst der Grund weshalb wir glauben, daß dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber die Versagung der Diäten — nicht ein Korrektiv — so will ich es nicht ausdrücken — sondern eine so natürliche Maßregel sei, daß alle diejenigen, die noch nicht fest von der Berechtigung und Wichtigkeit des allgemeinen Stimmrechts überzeugt sind, eigentlich ohne Weiteres darin einsinken müßten, wenigstens während der Probezeit, diese Gegenbedingung, die an und für sich eine ganz natürliche ist, Platz greifen zu lassen. Aber meine Herren, die Frage geht weiter. Ich glaube, daß die Diätenfrage, gerade wie die deutschen Verhältnisse liegen — und warum sollen wir uns darüber täuschen? — in Wirklichkeit eine Lebensfrage ist, auch selbst für diejenigen Parlamente, die aus anderen Wahlen hervorgehen. Ich glaube, daß, wie in der Vordebatte gesagt worden ist, die Wählerschaft z. B. sich in Preußen gewöhnt hat, ihre Abgeordneten in Kreisen aufzusuchen, die nicht im Parlament erscheinen können, wenn sie nicht Diäten beziehen. Ich glaube, der Abg. Westert hat ausgeführt, daß man die Gewöhnung der Bevölkerung nicht stören solle; die Bevölkerung sei einmal in diesem Lauf. Das Faktum gebe ich zu, die Berechtigung dazu nicht. Ich glaube, daß diese Gewöhnung eine falsche ist, daß sie in Abgewohnung umgewandelt werden muß. (Sehr gut! rechts.) Ich erinnere, m. H., ganz ohne alle Bitterkeit der Rückblicke an das, was in Preußen geschehen ist, an die Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses in den Jahren 1862—1865. Wenn man damals auf Befragen Jemanden sagte: „Das sind die Abgeordneten des preussischen Volkes“, so konnte er das nun und nimmermehr glauben. (Widerpruch links.) Sie waren es nicht, sie waren Gewählte des preussischen Volkes im Abgeordnetenhaus; aber Abgeordnete des preussischen Volkes waren es nicht. (Zustimmung rechts, heftiger Widerspruch links.) Das Volk repräsentiren sie nicht (Widerpruch links), ganz sicher nicht. Die allerbedeutendsten, die allerwichtigsten Elemente leben in diesem Hause und Sie werden kaum eine Intelligenz vermissen, wenn die Diätenfrage anders entschieden wird. Auf der einen Seite also schließt diese Entscheidung der Diätenfrage einen Theil derjenigen Leute, an welche sich die Bevölkerung jetzt gewöhnt hat, aus; aber worauf ich einen noch viel größeren Werth lege — sie wird mit der Zeit diejenige Klasse der Bevölkerung, welche meiner Ansicht nach recht eigentlich in eine Volksvertretung gehört, daran gewöhnen, sich wählen zu lassen. Die Sache liegt insofern jetzt sehr übel als die Gewöhnung diese große, berechtigte und meiner Ansicht nach berechnete Klasse der Bevölkerung zurückzieht, die sich gar nicht auf die Wahllisten stellen läßt, die sich nicht hineinwagten will in das Treiben der Wahlen, theils weil sie sagt: „Ich mag mich nicht herumschlagen auf einem Felde, was mir nicht konvenirt“, theils weil sie sagt, meine Privatverhältnisse gestatten mir nicht, so viel Zeit auf die öffentlichen Verhältnisse zu verwenden. Meine Herren! Für Jemanden, der sich bewußt ist, daß in ihm die Kraft und die Intelligenz liegt, ist es eine Pflicht, sich in die Wahlbewegung hinein zu werfen, in die Volksvertretung zu kommen zu suchen und namentlich diejenigen Kandidaten aus dem Felde zu schlagen, die mit größerer Thätigkeit ihm den Rang ablaufen drohen, und dann in der Volksvertretung Prinzipien, Grundsätze proklamiren, die den feinsten schnurstracks entgegen sind, und die zu Beschlüssen führen, die nach seiner Meinung dem Wohl des Vaterlandes nicht entsprechend sind. In dem Augenblicke, wo sie andere, weil die ohne Diäten nicht erscheinen können, nicht finden, wird diese Kategorie von Leuten hervortreten müssen, sie wird in die Arena des Kampfes herabsteigen müssen, um die Vertretung, die doch der Kreis nicht entbehren kann, zu übernehmen. Dies ist für mich und die Staatsregierung ein durchschlagender Grund, und ein Grund höherer politischer Bedeutung. Nun aber noch Eins, meine Herren, ist denn darin ein Unglück zu finden, wenn durch die Gegenwart hier im Hause oder im Landtage die Privatverhältnisse des Einzelnen mehr oder weniger beeinträchtigt werden? Es ist das kein Unglück, es liegt in der Natur der Sache, daß man zwei Geschäfte nicht machen kann, ohne daß zeitweilig das eine oder das andere leidet. Wenn Sie aber eine Volksvertretung zusammenlegen aus lauter Leuten, die als ihr Hauptinteresse das politische Interesse in die Versammlung hineinwerfen, dann, meine Herren, stören Sie die Ansicht des natürlichen Verhältnisses, welche die Bevölkerung eigentlich in der Verwendung der Zeit auch für die öffentlichen und Privat-Interessen haben müßte. Es ist kein Unglück, wenn nach mehreren Wochen des Zusammenstehens der Versammlung sich das Gefühl bemächtigt, daß sie den öffentlichen Interessen Rechnung getragen hat, daß sie jetzt nach Hause geht. Ich glaube aber, es ist ein Unglück, wenn die Mehrzahl der Mitglieder aus Leuten besteht, welche durch kein Privatinteresse nach Hause gerufen werden. Es werden dadurch lange Parlamente herbeigeführt, welche die Kräfte nach allen Seiten erschöpfen, und welche, indem sie lange zusammenstehen, dazu treiben, wenn ich so sagen soll, auf eine Bahn zu kommen, welche nicht mehr in lebhaftem Zusammenhange mit der Auffassung der Bevölkerung steht. Es werden dadurch alle Nachteile herbeigeführt, welche über kurz oder lang zu einer wirklichen Veränderung des Systems führen müssen. Es ist unmöglich, daß man sechs oder sieben Monate in öffentlicher Versammlung sitzt, und dabei noch Staats- oder Privatgeschäfte besorgen will. Ich glaube also, daß dieser leise Druck, welcher darauf liegt, daß man durch nicht remunerirte Gegenwart in diesem Hause bald nach Hause gerufen wird, sehr naturgemäß ist und eine sehr vernünftige Regelung der Verhältnisse herbeiführt. Dies sind im Allgemeinen die hohen politischen Rücksichten (große Heiterkeit links), welche die Bundeskommissionen bestimmen haben, die Frage zu einer feststehenden für sich zu machen, welche sie unter keinen Umständen gesonnen sind, aufzugeben. Dies ist ja keine Provocation in der Art, daß man sagen soll, es sei unumstößlich notwendig, es sei ein Stück des ganzen Gebäudes, aus welchem die Bundesverfassung hervorgegangen sei. Es ist ein Stück, von welchem die Regierung glaubt, daß sie es nicht aufgeben kann, ohne über die Erfolge der Verfassung ins Unklare zu geraten. Es würden deshalb also die Kommissionen, welche beim Zustandekommen dieses Entwurfs mitgewirkt haben, nicht in der Lage sein, ihre Zustimmung zu geben und unter ihrer Leitung eine solche Bundesverfassung jetzt dann nicht zu Stande kommen. Und nun, meine Herren, frage ich Sie, ist es denkbar, ist es erlaubt, daß an einem solchem Punkte, welcher für die Regierung eine wesentliche politische

Bedeutung hat, von welchem man im Auslande sagen wird, es seine Selbstfrage (Unruhe und Widerspruch links), das Zustandekommen des Werkes scheitern soll? Es scheint mir unmöglich zu sein. Sie können unmöglich die Engländer glauben machen, daß der erste Schritt zur wackeligen deutschen Einheit und Stärke darüber nicht habe zu Stande kommen können, daß den Vertretern des deutschen Volkes nicht Diäten von 9 Schilling bezahlt werden sollten.

Abg. v. Bennigsen (gegen Art. 32): Ich will nicht mehr in die sachliche Diskussion eintreten, sondern nur meine heutige Abstimmung, die von der in der Vorberatung abwich (Auf links: Ab!) motivieren. Ich bemerke dabei, daß ich die Vorlage der Regierung dem Sinne nach so auffasse, daß das Zahlen von Entschädigungen aus Privatmitteln dadurch nicht ausgeschlossen ist; ich wünschte jedoch hierüber noch eine Erklärung von Seiten der Bundeskommissionen. Was heute mich und eine große Zahl meiner politischen Freunde bewegt, für die Vorlage der Regierung zu stimmen, sind nicht innere Gründe, sondern nur äußere; es ist die Frage des Zustandekommens der Verfassung.

Abg. Grumbrecht (für Art. 32): Von demselben Standpunkte aus, wie der Vorredner (Ab! links) könnte ich mich entschließen, sowohl gegen den früheren Beschluß, als gegen die Regierungsvorlage zu stimmen, denn läge die Frage wirklich so, wie sie der Vorredner will, dann wäre die Frage intakt. Wenn wir aber die Bestimmung so annehmen, wie es die Regierung wünscht, so würden wir damit ein Recht und eine Bestimmung ausgeben, die sehr wesentlich ist. Daß sie so wesentlich ist, zeigt der Widerstand der Regierung. Wir können gerade hierin vom Gegner viel lernen. Ich behaupte, daß die Diätenfrage die halbe Lebensfrage für das deutsche politische Leben ist (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts). Um das Verfassungsrecht nicht scheitern zu lassen, will ich die Sache nicht gerade heute schon in meinem Sinne entschieden wissen. Aber ich kann mich nicht entschließen, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Es ist für mich keine Geldfrage, meine Herren, sondern eine politische Frage, ich kann deshalb eine Bestimmung nicht annehmen, die ich für durchaus verderblich halte — **Abg. Graf Schwerin**: Bei der Vorberatung habe ich für Diäten gestimmt, da ich auch heute noch der Ansicht bin, daß die Vorlage der Regierung nicht nur das allgemeine Wahlrecht beschränkt, sondern auch die Gefahr desselben noch erweitert. Es würde deshalb entschieden im Interesse unseres Verfassungswerkes selbst sein, wenn wir den Artikel in der Form, wie er aus der Vorberatung kommt, annähmen. Die Gründe übrigens, die der Minister Graf zu Eulenburg gegen die Diäten angeführt hat, sind derart, daß sie den Entschluß derer, die sich mit schwerem Herzen entschließen haben, gegen die Diäten zu stimmen, wieder wankend machen und die Gegner der Regierungsvorlage nur stärken könnten. (Allgemeiner Ruf ja! ja!) Ich bin der Meinung, daß die Verfassung der Diäten ein Akt ist, der das allgemeine Wahlrecht in ungerechtfertigter Weise beschränkt. In ruhigen Zeiten werden wir eine wesentlich reaktionäre, in aufgeregten eine demokratische Versammlung erhalten. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn die Regierung nicht darauf bestünde. Trotzdem bin ich heute für die Regierungsvorlage (Zeichen der Ueberraschung links), aus den Gründen, die der Abg. Bennigsen angeführt hat. Wir dürfen das Verfassungswerk nicht scheitern lassen; ich mag außerdem nicht die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, daß Graf Bismarck gerade im jetzigen Augenblicke von den Staatsgeschäften zurücktritt. Ich werde deshalb für Wiederbestellung der Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts, Zischen links.)

Bei der Abstimmung wird das Amendement Grumbrecht verworfen; der Antrag v. Anin (Heinrichssohn) (Wiederherstellung der Regierungsvorlage und Unterjagung der Annahme von Entschädigungen für die Abgeordneten) in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 90 Stimmen angenommen. Dafür stimmten u. A. die Abgg. v. Baumgarten, v. Bennigsen, Bismarck, v. Bismarck, Braun (Hersfeld), Braun (Plauen), Braun (Wiesbaden), Brons, Graf Dyrh, Forst, Franke, Dr. Freytag, v. Gerber, von Gruner, Dr. Harner, Hergenroth, Kaiser (Sonderhausen), Dr. Lette, Michaelis, Miquel, v. Münchhausen, Dr. Dettler, Frhr. v. Rothschild, Dr. Schleiden, Dr. Schwarze, v. Sybel, Wächter, Dr. Zachariae. Gegen den Antrag stimmten u. A. die Abgg. v. Gordan, Grumbrecht, Dr. Gneiss, Haberborn, Frhr. v. Hammerstein (Hannover), v. Hennig, Kaser, v. Malinckrodt, Müller (Stettin), v. Niegolewski, Dehmichen, Pannier, Reichenheim, v. Rösing, v. Unruh (Magdeburg), Baron v. Baer, Wiggers (Köln). Es enthielten sich der Stimme 6 Abgeordnete, nämlich Delius, Deimich, Dr. Holzer, Jüngling, v. Leipziger, Winkelmann. Es fehlten bei der Abstimmung die Abgg. Abmann, Graf Baudissin, de Chapeaurouge, Fürst Czartoryski, Delow, Graf zu Dohna-Rogers, Gantner, Hehl, Krapp, v. Laergne-Bequithen, Dr. Koe, Dr. Kuning, Nidel (Saarbr.), Schraiber, Dr. Simson, Twesten, Dr. v. Waechter, Windthorst, wobei zu bemerken ist, daß Präsident Simson und Abg. Twesten erst kurz vor der Abstimmung den Saal verlassen und bald nach derselben wiederkamen. Die Abschnitte VI, VII, VIII, IX. Art. 53–56 werden darauf ohne Debatte nach den Beschlüssen der Vorberatung acceptirt. Es folgt Abschnitt X.: Bundeskriegswesen. Die Art. 57, 58 und 59 werden ohne Debatte angenommen, nachdem ein Antrag von Unruh auf Streichung des letzten Paragraphen gefallen. — Es folgt Art. 60, zu welchem ein Amendement des Grafen Stolberg vorliegt. — Vom Abg. v. Bennigsen ist der Antrag auf Vertagung gestellt. Abg. v. Binde (Hagen) ruft: Nein, nein! Da auch nach der Gegenprobe dem Bureau das Resultat der Abstimmung über den Vertagungsantrag zweifelhaft ist, wird geäußert. Da sich jetzt noch mehr Abgeordnete erheben, wird die Vertagung mit 164 gegen 91 Stimmen beschlossen.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Schlussberatung.

Frankfurt a. M., 14. April. Wie das „Frankf. Z.“ vernimmt, ist als Kommissarius der königlichen Staatsregierung der Regierungs-Assessor Herr Hoffmann aus Berlin hier eingetroffen, um die neulich in dem Kabinetsschreiben Sr. Majestät des Königs in Aussicht gestellte Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt, insbesondere zwischen Staats- und Stadthaushalt, herbeizuführen. Diese Auseinandersetzung ist für unsere Stadt von der größten Wichtigkeit.

Aschaffenburg, 13. April. Bei allen Regimentern der bairischen Armee wird die beurlaubte Mannschaft einberufen. Der Zweck dieser Maßregel ist, die Soldaten in der Handhabung des Hinterladungsgewehrs einzüben. Am 1. April sind hier auch die diesjährigen Rekruten eingerückt und haben die Exercitien bereits begonnen.

Ausland.

Wien, 14. April. Für unsere Armee wird nächster Tage ein neues Avancementsgesetz publizirt werden, das bereits die Kaiser-Sanktion erhalten hat. Aus den Bestimmungen desselben hebe ich nur hervor, daß in Zukunft die Beförderungen nicht mehr in der Regimentstour, sondern nach dem Anciennitätsgrade in der gesammelten Waffengattung (bei der Infanterie in drei Gruppen, deutsche, slawische und ungarische Regimenter) vorgenommen werden sollen und daß jeder Vorrückung in eine höhere Charge eine Prüfung voranzugehen haben wird. Auch soll grundsätzlich nach vollendetem 50. Lebensjahre keine Beförderung zum Staatsoffiziere mehr stattfinden und andererseits vor vollendetem 18. Lebensjahre Niemand zum Offizier ernannt werden.

Paris, 13. April. Die von der Kammer an die Kommission über das Gesetz wegen Aufhebung der Schuldbast remittirten Paragraphen sind jetzt dahin festgestellt, daß die Haft nur noch für die Geldstrafen, Restitutions- und Entschädigungen in kriminellen und korrekturellen Angelegenheiten stattfinden soll. Der Entwurf wird nun in nächster Woche zu Ende diskutiert werden. — Das Gerücht, die Regierung wolle das Pressegesetz zurückziehen, bestätigt sich nicht; dasselbe war dadurch entstanden, daß einige Kommissionsmitglieder dazu gerathen hatten. Die Amendements

sind übrigens so zahlreich, daß die Kommission vor ihrer schweren Aufgabe förmlich zurückschreckte.

Der Effektivbestand der französischen Armee inkl. Algier und Mexiko betrug am 1. Januar 395,483 und Reserve 255,614 Mann, also zusammen 651,099 Mann. — Die internationale Jury für die Instrumente hat schon ihre Thätigkeit begonnen. Diese Klasse zählt 500 Aussteller, wovon 180 Franzosen mit Pianos. Egypten, Tunis und Marokko, die englischen und französischen Kolonien haben Nationalinstrumente geschickt. — Die landwirtschaftliche Ausstellung in Villancourt hat bereits ihren ersten Preis ausgegeben.

London, 13. April. Ein Bruch mit Spanien, und zwar wegen der Tornado- und Victoria-Angelegenheit, wird immer ernsthafter in Erwägung gezogen. Lord Stanley, Staatssekretär des Auswärtigen, erklärte gestern auf Befragen: er hoffe, daß es zu keinem Bruche kommen werde. Sollte ein solcher aber unglücklicherweise eintreten, so würde jedes Mittel angewandt werden, um britische Schiffe und britische Unterthanen in Spanien rechtzeitig zu warnen und zu schützen. (Hört! hört!)

Eine Adresse eigenthümlicher Art wird in Kurzem dem Prinzen von Wales überreicht werden: eine Einladung der Indianer vom Red River an den englischen Thronerben. Nach der Sitte des Landes ist sie auf Birkenrinde zierlich ausgeführt und wird jedenfalls neben anderen Exemplaren dieses Genres sich wunderbar genug ausnehmen.

Florenz, 11. April. Man liest in der „Gazzetta di Milano“: Die Abreise des Prinzen Humbert nach Paris, wohin bereits ein Offizier seines Hauses sich begeben hat, wird Ende dieses Monats und nach der Hochzeitfeier des Prinzen Amadeus in Turin vor sich geben. Die Damen von Brüssel beabsichtigen der Prinzessin della Cisterna einen prächtigen Schmuck von ganz ausgezeichneter Arbeit und einem ungeheuren Werth zu schenken. Im Jahre 1821 hatte der Prinz della Cisterna, welcher in dem Carbonari-Prozess verwickelt war, von Turin entfliehen müssen und sich nach Brüssel begeben, wo er sich die allgemeine Achtung erworben hatte. Der König hat der jungen Braut des Prinzen Amadeus ein sehr reiches Brillanten-Schmuckband verehrt zu einem Werth von 100,000 Fr. Am Hochzeitstage der Prinzessin wird man sechs junge Mädchen mit sechs Arbeitern vermählen. Prinz Amadeus giebt jedem derselben eine Mitgift von 1000 Fr.

Petersburg, 9. April. Die „Nordische Post“, Organ des Ministers des Innern, befürchtet keine kriegerischen Verwicklungen wegen Luxemburg und hegt die Erwartung, der Kaiser Napoleon werde durch ein energisches Dementi alle Kriegesbefürchtungen niederzuschlagen. — Gestern, auf einer Soirée beim Fürsten Gortschakoff, unterhielt sich der Kaiser längere Zeit mit dem französischen Botschafter und mit dem preussischen Gesandten.

Mexiko. Der „Monde“ enthält Nachrichten über Kaiser Maximilian, die allerdings sehr für den Heldenmuth und die Ausdauer des jungen Herrschers sprechen, aber dabei nichts weniger als sehr beruhigend in Bezug dessen persönlicher Sicherheit lauten. Maximilian, heißt es u. A., hat am 12. Februar die Hauptstadt Mexiko verlassen, um sich an die Spitze der wenig zahlreichen Truppen zu stellen, die ihm treu geblieben sind. Die, welche ihn einige Tage vorher gesprochen haben, schildern ihn als einen Mann, der sein Leben in die Schanze zu schlagen fest entschlossen ist. In den mexikanischen Gesetzen, die er befohlen hat, sah man ihn stets in den vorderen Reihen, was um so gefährlicher ist, als man ihn weithin an seiner hohen Gestalt und seinem starken Bart erkennt. Bevor er die Hauptstadt verließ, hat er die noch 3500 Mann und 50 Offiziere starke österreichische Legion (ursprünglich 6000 Mann) aufgelöst. Nur 200 Ulanen aus polnisch Galizien sind bei ihm geblieben und haben ihn sämmtlich durch ihren Kommandanten Carlowsky geschworen, mit ihrem Leib ihn bis auf den letzten Mann zu decken. Es sind schon einige dieser Tapferen bei Queretaro in unmittelbarer Nähe des Kaisers gefallen. Die männliche Haltung des Kaisers stößt selbst manchen seiner Feinde Bewunderung ein. Die Einen meinen, er wolle dem Marschall Bazaine zeigen, daß er würdig gewesen wäre, „les premiers soldats du monde“ zu kommandiren; Andere sagen, er wolle die Ehre seines Hauses aufrecht erhalten, und nicht, ohne seine Krone bis zum letzten Augenblicke mit dem Schwerte in der Hand verteidigt zu haben, in die Heimath wiederkehren, wo ihn doch nur Schmerz und herbe Enttäuschung erwartete. Nachdem er die von französischer Seite an ihn gerichteten Abdankungsvorschläge zurückgewiesen hatte, sah man ihn noch am Tage vor seinem Weggange ganz allein, die Hände auf dem Rücken und die Cigarette im Munde, durch die Straßen der Hauptstadt schlendern, ohne sich im Geringsten um die Warnungen der Polizei zu kümmern, die von Anschlägen auf sein Leben Kunde erhalten hatte. Ja er kehrte gewöhnlich allein und zu Fuß von Chapultepec nach Mexiko zurück, ohne für sein Leben, ja nicht einmal für seine Taschenuhr besorgt zu sein. — Der „Monde“ fügt bei, daß bereits mehrere in Mexiko anfassende Franzosen aus Besorgniß, ihr Leben und ihr Eigenthum gefährdet zu sehen, sich als nordamerikanische Staatsbürger haben erklären lassen. Auch behauptet er neuerdings, daß Marschall Bazaine das Pulver, das er von Mexiko nicht mitnehmen konnte, ins Wasser werfen und außerdem verschiedenes Kriegsmaterial hatte zerstören lassen. Ein Adjutant von Porfiro Diaz, den Maximilian als Spion hatte verhaften lassen, wurde von Marschall Bazaine mit Anwendung von Gewalt wieder in Freiheit gesetzt.

Pommern.

Stettin, 16. April. In Betreff der vielbesprochenen Entscheidung des Ober-Tribunals, wonach Wechsel, die an einem Sonnabend oder am Vortage eines Feiertages verfallen, noch am Zahlungstage dem Notar zur Erhebung des Protestes übergeben werden sollen, hat die Breslauer Handelskammer beschlossen, in einer Eingabe an den Handelsminister die Belästigung des Verkehrs und die Rechtsunsicherheit zu schildern, welche geschaffen werden, und um eine authentische Deklaration zu bitten, nach welchen unter allen Umständen zwei Wochentage für die Protesterhebung frei bleiben.

Von heute ab können sich die dazu berechtigten Landwehrleute und Reservisten in den Besitz des königgräber Erinnerungskreuzes setzen. Den Landwehr-Batalions-Kommandos sind dieselben überwiesen.

— v. Gostowsky, Hauptmann 1. Klasse und erster Inspektions-Adjutant ist als Batterie-Chef in die 7. Artillerie-Brigade versetzt.

— Vom verschlossenen Boden des Hauses Schulzenstraße Nr. 27–29 wurde in der Zeit vom 13. zum 14. d. M. Wäsche im Werthe von ca. 20 Thlr. gestohlen.

Stargard, 15. April. Vor einigen Tagen ereignete sich auf der Hansfelder Gemarkung in der Nähe des Krampehls, woselbst der Mühlenbesitzer S. aus J. Land besitzt, ein betrübender Unglücksfall. Der Knecht genannten Herrns war beauftragt, Dung auf das ebene Land zu fahren, und wollte eben seinen Rückweg wieder antreten, als plötzlich die Pferde scheu wurden und den Abhang hinab in den Krampehl gingen. Zwei von den Pferden ertranken, während das dritte, welches von dem Knecht noch rechtzeitig abgestrengt wurde, an das jenseitige Ufer gelangte; auch der Knecht entging nur mit Mühe dem Tode.

— Der Pastor Götsch, bisher in Hindenburg, ist zum Pastor in Bräunswig ernannt und in sein neues Amt eingeführt worden.

Naugard, 13. April. (D.-Z.) Auf der Dismühle bei Gollnow begab sich am 10. d. M. die Müllerin an ihren Badofen, um denselben heizen zu lassen, und bemerkte zu ihrem Schreck einen fremden Mann darin, der durch Nichts zum Verlassen des Badofens zu bewegen. Bei näherer Beschäftigung stellte sich heraus, daß der Bewohner des Badofens todt war, und wurde in ihm ein Bettler erkannt, der Tags zuvor auf der Mühle gebettelt hatte. Ueber die Todesart ist noch nichts festgestellt, wahrscheinlich ist ein Schlagfluß eingetreten.

Grimmen, 15. April. Am 12. d. Mts. Abends brannte das Gehöft des Schulzen Krüger zu Klein-Ratow, bestehend aus Wohnhaus, Scheune, Pferdestall und Kuhstall, ab und kamen 3 Schweine, 6 Schafe, auch sämmtliches Federvieh dabei ums Leben. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Bermischtes.

Bredow bei Rauen, 11. April. (Tödtung durch Blitzschlag.) Heute Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr zog ein stark mit Hagel gemischtes Gewitter über unsern Ort. Zwei gewaltige Donnerschläge, die sich kurz aufeinander folgten, erschütterten unsere Häuser, von denen der erstere uns sogleich stark befürchtete ließ, daß ein Unglück geschehen sei. Zwar hatte der Blitz nicht in ein Haus gezündet, — aber bald kam die Kunde, daß auf dem Felde ein beim Pflügen beschäftigter Knecht des Bauers S. sammt seinen beiden Pferden erschlagen sei. — Eine sofort an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung des Thatbestandes ergab denn auch die traurige Wahrheit der Schreckensnachricht. — Da lagen die kräftigen Pferde, mit den Füßen sich zugewandt, und der Knecht, der bis zum letzten Augenblicke seines Lebens treu seinem Berufe geblieben war, vor ihnen, die Zügel noch in der Hand. Der Pflug war vom Blitz namentlich in der Nähe des Pflugschaars zerschmettert. Die Pferde trugen in ihren versengten Haaren deutliche Spuren des Blitzes, am meisten jedoch der Knecht, der am Kopf und Hals stark versengt, selbst bis zu den Füßen hinab vom Blitz zerissen war. Merkwürdig bleibt es jedoch, daß nur der Rücken und die hinteren Theile des Körpers beschädigt sind, während selbst die Taschenuhr und andere in der Tasche befindliche Dinge von Metall unbeschädigt blieben. Ein etwa 100 Schritte davon entfernter Knecht, der Augenzeuge dieser Katastrophe war, erzählte, daß im Augenblicke des Blitzschlages Knecht und Pferde in einem Ruck zur Erde geworfen wurden. Die Pferde tragen außer den versengten Haaren nur sehr geringe Spuren des Blitzes.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 15. April. Das „Dresdener Journal“ dementirt die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die preussische Regierung das sächsische Postwesen übernommen habe. Ein Anderes, als der norddeutsche Verfassungsentwurf in dieser Hinsicht bestimmt, sei nicht vereinbart worden.

Paris, 15. April. Das Journal „Avenir national“ wird wegen Verbreitung falscher Nachrichten über angebliche Rüstungen Frankreichs gerichtlich verfolgt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 15. April. Nachmittags. Angekommene Schiffe: Der Preusse (SD), Heydemann; Arcona (SD), Schütz von Königsberg; Der Blitz (SD), Barow von Memel; Colberg (SD), Streck von Danzig. Wind: NW-Sturm. Meer 14½ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. April. Witterung: trübe, regnet und stürmisch. Temperatur + 7° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen anfangs steigend, schließt matter, loco pr. 85 Pfd. gelber nach Qualität gelber und weißbunter 86–94½ R. bez., geringer 80–85 R. bez., 83–85 Pfd. gelber Frühjahr 92½, 91½ R. bez., Mai-Juni 89½ R. bez., Juni-Juli 89½ R. bez., 89½ R. Br., Juli-August 87½ R. bez. u. Br., Septbr.-Oktober 81½ R. Br., 81 R. Gd.

Roggen anfangs höher, schließt etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 57½–60 R. bez., Frühjahr 58½, 58½ R. bez. u. Gd., Mai-Juni 57½, 58 R. bez., Juni-Juli 57½ R. bez., Juli-August 57 R. bez. u. Br.

Gerste schlechte 69–70 Pfd. Frühjahr 48 R. bez., Septbr.-Oktober 40 R. bez.

Hafer loco pr. 50 Pfd. 31, 32 R. bez., Frühjahr 47–50 Pfd. 32, 32½ R. bez., Mai-Juni 32½ R. Br.

Erbisen ohne Umsatz.

Rübsöl fest und etwas höher, loco 11½ R. Br., April-Mai 11½, 11½ R. bez. u. Gd., 11½ R. Br., September-Oktober 12½ bez., 12½ R. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16½ R. bez. u. Gd., Frühjahr 16½, 16½ R. bez., Mai-Juni 16½ R. Br., Juni-Juli 17 R. Br. u. Gd., Juli-August 17½ R. bez. u. Br.

Hamburg, 15. April. Getreidemarkt. Weizen loco höher. Pr. April 5400 Pfd. netto 162 Bankthaler Br., 161 Gd., pr. Frühjahr 161 Br., 160 Gd. Roggen loco sehr fest. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 102 Br. u. Gd., pr. Frühjahr 102 Br. u. Gd. Hafer knapp und höher. Del ruhig, pr. Mai 24½, pr. Oktober 25½. Spiritus höhere Forderungen 24. Kaffee und Zink ohne Umsatz.